



# DIE ZEIT



Nr. 51 15. Dezember 1978

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

33. Jahrgang, Preis 2,50 DM C 7451 C

## Das Quartett von Guadeloupe

Die Großen Vier vor dem Horizont 1979 / Von Kurt Becker

Wie alljährlich ist auch der Dezember 1978 vollgestopft mit internationalen Entscheidungen, die weit in die Zukunft hineinreichen. In der Vorwoche waren es in Brüssel die Nato-Beschlüsse zur Verteidigung und die Entscheidungen der neun westeuropäischen Regierungschefs über den Währungsverbund. Unmittelbar vor Weihnachten wollen die Außenminister Vance und Gromyko den amerikanisch-sowjetischen Raketen-Dialog über den toten Punkt hinwegbringen. Für Anfang Januar hat Frankreichs Staatspräsident nun Jimmy Carter, Jim Callaghan und Helmut Schmidt zu einem Vierergrüpfel auf die Antilleninsel Guadeloupe eingeladen, um die großen Herausforderungen des nächsten Jahres zu überdenken. Bei all diesen Anlässen stand und steht immer auch ein Stück europäischer Selbstbehauptung mit auf dem Spiel. Und selten ist der Zusammenhang von politischer, wirtschaftlicher und militärischer Sicherheit so augenfällig geworden.

Das große historische Ereignis in Brüssel ist ausgeblieben. Immerhin haben Schmidt und Giscard einen begrenzten Erfolg errungen, als sie das neue europäische Währungssystem durchsetzen — begrenzt, weil die Briten den Zug abfahren ließen, ohne ihn selbst zu besteigen. Nur die mit vielen Sonderkonditionen bedachten Italiener haben sich am Dienstag dieser Woche noch zum Mitmachen entschlossen; die Iren zaudern weiter. So wichtig freilich der Teilerfolg sein mag — die Umstände, unter denen er zustande gekommen ist, lassen nicht nur auf künftige Vorteile durch stabile Wechselkurse hoffen, sie lassen auch bangen. Einem vollen Erfolg standen nicht nur die Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Leistungskraft der EG-Länder entgegen, viel stärker noch mangelnder Wille zu solidarischer Gemeinschaftspolitik.

Ohne die beherrschte Führung Schmidts und Giscard wäre der Sprung zu größerer währungspolitischer Stabilität nicht gelungen. Wie soll bei solchen Schwierigkeiten die bevorstehende Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland, Portugal und Spanien wirtschaftlich bewältigt werden und zu engeren politischen Bindungen führen — drei leistungsschwache Staaten, deren Landwirtschaften obendrein mit denen Frankreichs und Italiens rivalisieren? Der Zweifel wächst, wie, ja ob eines Tages in einem Zwölfer-Europa substantielle Entscheidungen überhaupt getroffen werden können.

Wenn die Entscheidung über den Währungsverbund Schule macht, dann ist wohl kaum zu verhindern, daß ein mißgestaltetes Europa entsteht, sobald sich die EG um drei Mitglieder erweitert: eine Gemeinschaft, die nicht mehr allen Mitgliedern die gleichen Rechte gewährt und die gleichen Pflichten auferbürdet, weil sie sonst fürchten muß, zur Handlungsunfähigkeit zu verkommen, anstatt sich dynamisch weiterentwickeln zu können. Mitglieder zweierlei Klassen, die einen im Parkett, die anderen auf der Galerie, wie jetzt beim Währungsverbund — dies liefe der Gemeinschaftsidee völlig zuwider. Wohl hat einst Willy Brandt und vor zwei Jahren auch der damalige belgische Ministerpräsident Tindemans mit einer EG-Studie solche Zweifelsfragen für eine erweiterte Gemeinschaft zu erwägen empfohlen — und in der Tat wäre sie immer noch besser als die von manchen befürchtete, von anderen heimlich herbeigeschnehte Verwässerung des Brüsseler Europas zu einer riesigen Freihandelszone, lediglich überwölbt von Konferenzrunden der Regierungschefs und der Außenminister über lose politische Zusammenarbeit. Aber die Gefahren sind nicht zu leugnen.

### Was Europa braucht

Jedenfalls hat die jüngste Erfahrung gezeigt, wo die großen Führungsaufgaben in Europa liegen. Sie können nicht durch die Mechanik neuer Institutionen oder durch gekünstelte Verfassungskonstruktionen geleistet werden. Gebraucht wird staatsmännisches Kaliber, vielleicht auch ein Parlament, das den Regierungen Dampf macht. Sonst würde die politische Qualität der Gemeinschaft zerbröckeln. Und auf sie kann nicht verzichtet werden, denn ohne die Neuner-Organisation zum Schutz der wirtschaftlichen Sicherheit wäre auch das westliche Verteidigungsbündnis nur noch die Hälfte wert. Heute ergänzen beide einander; die EG oder die Nato wären nicht imstande, aus eigener Kraft und Kompetenz den politischen Zusammenhalt des Westens, seine Prosperität und Sicherheit, seine innere Stabilität und demokratische Struktur zu erhalten.

Giscard glaubte früher, diese Führerschaft müsse in einem deutsch-britisch-französischen Dreier-Direktorium etabliert werden, damit der Rückfall in einen trivialen Wirtschaftsverband verhindert werde. Aber der Bundeskanzler hält nichts von solcher Exponierung der Bundesrepublik. Ihre wirtschaftliche und auch ihre militärische Stärke weckt ohnedies schon Argwohn. Später gab Giscard dann die Initialzündung für den alljährlich einberufenen exklusiven Weltwirtschaftsgipfel von sieben Industrienationen.

Jetzt hat er sich mit dem Vorschlag eines Vierergrüpfels durchgesetzt. Ob sich daraus eine neue Tradition entwickelt, hängt wohl vom Erfolg der ersten Begegnung ab.

Im Jahre 1958 hatte Charles de Gaulle einmal versucht, ein atlantisches Dreier-Direktorium der Kernwaffenmächte Amerika, Großbritannien und Frankreich als Spitze der westlichen Hierarchie zu errichten. Diesem Plan ähnelt das Vorhaben auf Guadeloupe nur sehr entfernt. Der General stellte damals einen weltpolitischen Machtanspruch, den ihm die Amerikaner nicht durchgehen lassen wollten und gegen den Konrad Adenauer, der sich gedemütigt fühlte, erfolgreich Sturm lief. Seither bilden sich neue Hierarchien ohne großes Aufhebens; der Verzicht auf ihre Institutionalisierung entzieht sie einem Aufstand der Entrüstung durch die anderen Partnerstaaten. Auch sollen auf Guadeloupe ja keine förmlichen Beschlüsse gefaßt werden. Gedacht ist an ein protokollarisch nicht einzuordnendes Kolloquium, wie es in Mode gekommen ist.

Wenn der Vierergrüpfel gleichwohl Spuren hinterlassen soll, dürfte er sich nicht auf eine Analyse der Weltlage beschränken. Er müßte auch Antworten auf die wichtigsten Entwicklungen finden, die im nächsten Jahr die Sicherheit des Westens bedrohen könnten:

Erstens auf die Politik der Sowjetunion gegenüber dem Westen, sei es ihre Rüstungsstrategie, sei es die dadurch bereiteten Schwierigkeiten bei dem Versuch, die Entspannung auf das militärische Feld auszudehnen — bei den Salt-Gesprächen, den Wiener Truppenabbaueverhandlungen und den nuklearen „Grauzonen“-Waffen; zweitens auf die Konflikte außerhalb Europas: im Nahen Osten, im Iran und in Afrika; drittens auf die noch immer unabhägare, aber erkennbar gereizte Reaktion Moskaus angesichts der Öffnung Chinas zum Westen.

### Was will Moskau?

Bei alledem geht es um die Bewertung des sowjetischen Interesses an einer fort dauernden Entspannung. Sie darf, um eine Forderung Henry Kissingers aufzugreifen, nicht von Region zu Region differenziert betrachtet werden, sondern muß global gesehen werden. Von der globalen Zurückhaltung der Sowjetunion oder von ihrer schroffen Mißachtung der weltpolitischen Grundregeln hängt es denn auch ab, ob sich bei der westlichen Führungsmacht unüberwindbarer Zweifel regt — samt allen Rückwirkungen, die dies für Europa hätte —, wie weit die Russen die Entspannung tatsächlich über die Vorteile stellen wollen, die ihnen die Erweiterung ihres Einflusses und die Demonstrationen ihrer Macht in der Dritten Welt einbringen könnten. Oder wie Helmut Schmidt vor kurzem sagte: „Wir müssen aufpassen, daß das Gleichgewicht in der Ost-West-Relation nicht in anderen Kontinenten ausgegabelt werden kann.“

Es ist das erste Mal seit Kriegsende, daß der Bundeskanzler, daß überhaupt ein deutscher Regierungschef an einer so zugeschnittenen Gipfelbegegnung wie der von Guadeloupe teilnimmt. Aus ihrer Stellung als führender Wirtschaftsmacht ist der Bundesrepublik auch politischer Einfluß zugewachsen. Vor allem aber: Für Washington ist Bonn der wichtigste europäische Partner. Auch ist ja kein Staat vom künftigen Verhältnis des Westens zur Sowjetunion stärker abhängig als die Bundesrepublik. Die Folgen einer neu sich aufbauenden Ost-West-Konfrontation werden sofort auf Mitteleuropa durchschlagen — politisch und militärisch.

Vom Erfolg des strategischen Dialogs der beiden Weltmächte hängt es auch ab, ob künftig über die in Westrußland stationierten, auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen SS-20 verhandelt werden kann oder ob der Westen ein militärisches Gegengewicht aufbauen muß. Wenn ja, dann müßte Bonn eine schwerwiegende Entscheidung treffen: über die Stationierung einer modernen Version der Pershing-Rakete in der Bundesrepublik, die zum ersten Male sowjetisches Territorium erreichen könnte; eine Neuaufgabe der Diskussion über die Neutronenwaffe stünde dann allen Partnern ins Haus. Die Brüsseler Nato-Konferenz hat diese Probleme kaum gestreift. Aber der Vierergrüpfel müßte sich schlüssig werden, mit welcher Strategie das regionale Gleichgewicht der Kräfte gesichert werden kann — möglichst durch Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen oder notfalls durch Zurüstung — und wie sich diese Strategie mit den Wiener Truppenabbaueverhandlungen vereinbaren ließe.

Die ungleichen Gipfelthemen von Brüssel und Guadeloupe spiegeln das breite Spektrum unserer Sicherheitsprobleme wider. Dazu gehört die wirtschaftliche Stabilität des Westens ebenso wie die politische Lebensfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft, das Funktionieren des westlichen Bündnisses nicht minder als die Ausgleichsversuche gegenüber dem Osten. Dieser Zusammenhang ist vielen eine Last. Aber nur seine Beachtung ermöglicht dem Westen Wohlstand und Selbstbehauptung.



Preisverleihung unterwegs

## Böller aus München

Strauß feuert gegen Kohl / Von Rolf Zundel

Franz Josef Strauß ist mit einem unvergleichlichen Gespür für leicht faßbare Politik gesegnet — oder sollte man besser sagen: geschlagen? Während die Union sich redlich und umständlich mit sogenannten Sachfragen abplagt, also zum Beispiel sich müht, am Schnellen Brüter von Kalkar den langsamen Entscheidungsgang der Sozial-Liberalen zu demonstrieren oder bei der Koalition der Behandlung der Extremisten radikale Fahrlässigkeit nachzuweisen, findet der bayerische Ministerpräsident den direkten Weg zum Bürger. Er spricht an, was jedermann leicht verstehen und was infolgedessen auch jeder Journalist ohne Anstrengung vermitteln kann: Helmut Kohl ist für ihn nur zweite Wahl.

Es ist immer wieder dasselbe Schauspiel: Erst wird, absichtlich oder aus Versehen, ein kleiner Böller ins Publikum geworfen: Biedenkopf gehört „zu dem Kreis der Persönlichkeiten, aus dem der eine oder andere für die Kanzlerkandidatur das Zeug hat“. Dann wird treuherzig versichert, alle Vermutungen, hier habe es sich um eine Feindseligkeit gehandelt, seien grundlos, wenn nicht gar beleidigend. Zugleich aber kracht es noch etwas lauter: Auf Nachfrage, ob zu den „fünf bis sechs“ illustren Persönlichkeiten der Union — Stoltenberg und Dreger wurden inzwischen neben Biedenkopf genannt — denn nicht auch der noch amtierende Kanzlerkandidat Kohl gehöre, räumt Strauß das geneußvoll ein: Gewiß, der auch.

Seine Helfer feuern werkwelt derweil anderswo ein wenig in Geschäftsführung ohne Auftrag; schließlich muß man sich ja notfalls distanzieren können. CSU-Landesgruppenchef Zimmermann verkündet, daß er Strauß nach einem Wahlsieg 1980 in Bonn erwarte, und CSU-Generalsekretär Stoiber, der gerade von einem ausgedehnten, harmonischen Treffen mit seinem CDU-Kollegen Geißler nach München zurückgekehrt ist, rügt scheidend den angeblichen Europawahl-Slogan der CDU „Glück für die Menschen“; er sei „verhetzend, abwegig und falsch“.

Daraufhin läßt Kohl, der bisher die CSU-Knallfrösche mit jener gequälten Gelassenheit betrachtet hat, die früher englische Schlossherren beim Besuch amerikanischer Touristen auszeichnete, seine Zurückhaltung fahren und donnert los: Öffentliche Personaldiskussion dieser Art nütze nur dem Gegner, die CDU sei nicht bereit, auf Dauer „eine Demontage ihrer Führung hin-

zunehmen“. Kurzum: das Grundmuster der CDU/CSU-Inszenierungen ist von jener großartigen Einfachheit, die dauerhaften Erfolg beim Publikum garantiert.

Als milderen Umstand mag man Strauß zugute halten, daß er zum Thema Kanzlerkandidatur die harmloseste Bemerkung der Welt machen könnte; sie würde ihm gewiß als profunde Heimtücke angerechnet. Aber ganz harmlos war seine Bemerkung diesmal nicht — auch nicht für Biedenkopf, den seine Gegner in Nordrhein-Westfalen ohnehin verdächtigen, eigentlich strebe er in Bonn nach Höherem.

Womit sich denn unabwiesbar der Gedanke einstellt, Strauß habe da mindestens zwei (von den fünf bis sechs) Fliegen mit einer Klappe schlagen wollen: den gegenwärtigen Kanzlerkandidaten und einen künftigen Bewerber. Der Bayer hat allmählich fast den Rang von Herbert Wehner erreicht: Was immer er äußert — eine finstergenie Strategie ist das wenigste, was dahinter vermutet werden darf.

Über die Finsterei läßt sich streiten, über die Genialität diesmal kaum. Die Attacken von Strauß sind alles andere als meisterhaft. Selbst diejenigen CDU-Politiker, die seine stärkeren Konfrontationsneigungen teilen, finden allmählich seine Methoden unerträglich. Strauß hat es überdies fertiggebracht, Kohl zwar abzuwerten, aber gleichzeitig dafür gesorgt, daß er kaum mehr abzuwählen ist: Jede Distanzierung der CDU von Kohl erschien nun als beflissener Kottau vor Strauß.

Der geschwisterlichen Erpressung, die bisher von der CSU praktiziert wurde, vermochte sich die CDU kaum zu erwehren; gegen fortgesetzte feindselige Anrempelung hat sie sich anscheinend zu behaupten gelernt. Jedenfalls nannte der Bundesausschuß der CDU jetzt das Verhalten von Strauß und dessen Helfern einen Bruch der gegenseitigen Vereinbarungen, und die Wiederöffnung der Personaldiskussion „besonders unverantwortlich“. Die Devise lautet jedenfalls: Nichts mehr gefallen lassen!

Noch ein paar so ungeschickte Attacken wie diese, und es passiert, was Strauß am meisten fürchten muß: Die CDU emanzipiert sich tatsächlich vom großen bayerischen Vorsitzenden. Das wäre im Ergebnis gar nicht so sehr verschieden von den Kreuther Beschlüssen, nur im Effekt ganz anders, als sich Franz Josef Strauß das vorgestellt hatte.

## Gulag ist fast überall

Der 30. Jahrestag der Unterzeichnung der Menschenrechtsdeklaration ist kein Anlaß zum Feiern — so der lapidare Kommentar der Gefangenenhilfsorganisation *amnesty international*, die es wissen muß. Der Sieg über die Hitlerdiktatur, die das Unvorstellbare zum Prinzip gemacht hatte, war ein Trompetenstoß, der bald verhallte. Der Vormarsch der Menschenrechte ist steckengeblieben; es sind die Totalitären, die triumphieren. Archipel Gulag ist — fast — überall.

Auch Jimmy Carters Menschenrechtskampagne ist leiser geworden. Er hat erkennen müssen, daß sich gerade die hehrsten Werte oft nicht harmonisch zusammenfügen lassen und daß der Kampf gegen Tyrannei das Ringen um den Frieden nicht immer erleichtert. Wie könnte es anders sein — wo doch der Frieden im Schatten der Atomwaffen zum höchsten moralischen Gut der Menschheit avanciert ist?

Doch selbst Carters Rhetorik hat einen unverhofften Sieg gezeugt. Plötzlich reden auch die Totalitären von den Menschenrechten, so als hätten sie diese selber erfunden. Sie predigen freilich eine andere Lesart — wie die *Prawda*, die den Sozialismus als Ende aller Unterdrückung feiert, weil er ja die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ endgültig beseitigt habe.

In der Tat, zu den Menschenrechten gehört auch eine menschenwürdige Existenz, frei von Hunger und Not. Aber lassen wir uns nicht beirren: Die Versorgung mit materiellen Gütern ersetzt nicht die Verwirklichung von Grundfreiheiten. Verfolgung, Folter und Willkür zerstören die Würde eines jeden Menschen, ob reich oder arm, ob satt oder hungrig. jj

## General ohne Truppen

Am Montag dieser Woche wurde der scheidende Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Wust zu Bonn mit einem großen Zapfenstreich geehrt. Traditionelles Ende einer Generalsaffäre? Nach dem Rücktritt des ranghöchsten Bundeswehr-offiziers stellen sich viele Fragen: Welches sind die Hintergründe seines Amtsverzehrs? Ist der Posten des Generalinspektors ein Himmelfahrtskommando? Ist das Amt falsch konstruiert? Sind unsere hohen Militärs zu sehr Bürokraten geworden, Schreibtischhelden und Kompetenzstreiter? Redakteure der ZEIT geben auf diese Fragen im neuesten Dossier auf den Seiten 33—36 eine Antwort.



## Alles für die Partei

Attentäter flücht die Nachwelt selten Kränze. Streng scheidet sie Tyrannenmörder von Geistesverwirrten und Auftragskillern. Um die staatlich besoldeten Totschläger, wenn sie sich denn erwidern lassen, kümmern sich nur noch die Richter. Einer indes gelangte zu traurigem Ruhm: Ramon Mercader, ein spanischer Kommunist, der 1940 auf Befehl Stalins dem verbannten Altbolshewiken Leo Trotzki in mexikanischen Exil mit einem Eispickel den Schädel einschlug, nachdem er sich das Vertrauen seines Opfers erschlichen hatte. Jetzt will ein französischer Journalist auf einem Moskauer Friedhof das noch tannenfrische Grab des Mörders entdeckt haben. Hohe Geheimdienstoffiziere, wohl gar Chef Andropow persönlich, sollen den Toten an seiner Bahre gerührt haben — „als Helden, der alles der Partei gegeben hat“.

Alles, fürwahr: die besten Jahre seines Lebens, seine Ehre, sein Gewissen, zuletzt, nach zwanzig Haft, abermals das Recht zur eigenen freien Entscheidung. Der große Bruder ließ ihn nicht mehr aus den Augen, weder in Havanna noch in Prag oder zuletzt in Moskau. Denn Merkwürdiges war geschehen: Der Dissidenten-Mörder hatte sich zum Dissidenten gemauert. In der mexikanischen Gefängniszelle war ihm, dem die Partei ihr Versprechen nicht gehalten, seine „Sonnenfinsternis“ widerfahren. Mercader wurde ein glühender Verfechter des Dubček-Kommunismus.

Auf seine alten, kranken Tage schrieb er an seinen Memoiren. Ein Glücksfall, würden sie jemals im Westen auftauchen, als einzigartiges Zeugnis eines unglücklich Verblendeten, der aus Ruhmsucht und Parteilosigkeit seine Hände blutig machte. Das Blut des Opfers kam über ihn. Man weiß, womit er sich in Prag andauernd beschäftigte hat — mit Trotzkijs Werken. kj

## DIESE WOCHE

Politik	1—10
Politische Woche	8
Länderspiegel	12—13
Politisches Buch	14
Leserbriefe	15—16
Impressum	15, 44
Wirtschaft	17—30
Berufe	31—32, 37—40
Dossier	33—36
Feuilleton	41—47
Literatur	48—49
Reise	51—54, 56
Auto	55
Theaterspielpläne	56
Themen der Zeit	58
Wissenschaft	66
Modernes Leben	59—64, 67—68

### 9 Stimmzettel oder Gewehrklugeln?

Marion Gräfin Dönhoff analysiert die Lage in Namibia und Rhodesien

### 18 Flucht aus der Verantwortung

Heinz Michaels: Immer häufiger verlassen sich die Tarifpartner auf die politische Schlichtung

### 41/42 Der Bücherbuckel von Berlin

Manfred Sack berichtet über Scharoun's Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz

### 68 ... aber schreiben nicht

Gerhard Seehase schildert die Sprachschwierigkeiten der Umsiedler aus den Ostblockländern

### magazin



### Siebeds Weihnachtsmenü

Es muß nicht immer Gänsebraten sein, findet Gourmet Wolfram Siebeck und schlägt deshalb ein zeitgemäßes Weihnachtsessen vor: leicht, festlich und frei von Magenteufeln